

Stadtteilfonds und -beiräte als Katalysatoren für nachhaltige Entwicklung und Demokratie

Erfahrungen eines Dresdner Modellprojekts

Matthias Kunert

Seit 2019 erproben zwei Dresdner Stadtteilvereine Stadtteilfonds zur Förderung einer partizipativen und nachhaltigen Stadtteilentwicklung, über deren Verwendung gewählte Bürger/innen und berufene Vertreter/innen wichtiger Einrichtungen in Stadtteilbeiräten eigenständig entscheiden. Die Ergebnisse sind ermutigend: Bis Dezember 2022 sind in mehr als 120 lokal getragene Förderprojekte rund 5.000 Stunden ehrenamtliches Engagement eingeflossen. Die Beiräte machen demokratische Prozesse und Selbstwirksamkeit niedrigschwellig erlebbar und entwickelten sich zu aktiven Netzwerken und Interessenvertretungen der jeweiligen Stadtteile. Der Beitrag ist eine komprimierte und aktualisierte Zusammenfassung des gemeinsam mit Torsten Görg im Jahr 2021 veröffentlichten Leitfadens »Durch Stadtteilbeiräte und Stadtteilfonds nachhaltige und interaktive Nachbarschaften fördern«, der in der Langfassung unter https://www.johannstadt.de/zukunftsstadt heruntergeladen werden kann.

Das Ziel: Engagement und Beteiligung dort fördern, wo die Identifikation am stärksten ist

Klingt das nicht gut: Als einfache/r Bürger/in eine eigene Projektidee im Stadtteil umsetzen – zum Beispiel eine Wiese mit Frühblühern bepflanzen, einen Hofflohmarkt veranstalten, einen Tauschschrank aufstellen oder einen Adventskalender für den Stadtteil organisieren – und die dabei entstehenden Kosten unbürokratisch erstattet bekommen? Oder ganz ohne Parteibuch in einem Stadtteilgremium auf Augenhöhe mit Vertreter/innen von Schulen, Kultureinrichtungen, Trägern der Jugend-, Migrations- und Seniorenhilfe oder Wohnungsunternehmen mitentscheiden, welche Projektideen gefördert werden? In Dresden geht das seit 2019 in den beiden Modellstadträumen Johannstadt und Pieschen / Mickten. Weitere Stadtteile sollen folgen.

Laut einer im Juni und Juli 2023 durchgeführten repräsentativen Umfrage der Körber-Stiftung haben nur noch 43% der Befragten großes oder sehr großes Vertrauen in die Demokratie. 86% wünschen sich einen stärkeren Einbezug von Bürger/innen in wichtige Entscheidungen, wobei die Stärkung der Mitsprache auf kommunaler Ebene mit Abstand als am Wichtigsten angesehen wird (Körber-Stiftung 2023, Folie 13 f). Bereits 2022 hatte eine Umfrage der INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung ergeben, dass lediglich 59 Prozent der Westdeutschen und 39 Prozent der Ostdeutschen mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, zufrieden sind (Liljeberg / Krambeer 2022, S. 92). Es ist unstrittig: Die Frage, wie man demokratische Prozesse erweitern und auch für bislang politisch nicht aktive Menschen erleb- und erfahrbarer machen kann, stellt sich mehr denn je.

Als Gruppe von Engagierten aus zwei Dresdner Stadtteilvereinen und einem Quartiersmanagement wollten wir hierzu einen Beitrag leisten. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt »Zukunftsstadt« bot uns in den Jahren 2019 bis 2021 den geeigneten Rahmen, etwas Neues auszuprobieren. Unser Ziel war ambitioniert: Es ging um nicht weniger als den Aufbau einer neuen Beteiligungsebene »von unten«. Wir wollten Bürgerbeteiligung näher an die Lebensrealitäten der Menschen heranholen und Eigenverantwortung und Demokratie dort stärken, wo die Menschen zu Hause sind – vor ihrer eigenen Haustür. Vielleicht würden sich die Menschen ja lebenswertere und nachhaltigere Nachbarschaften selbst



eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2023 vom 31.10.2023

schaffen, wenn sie über die Gestaltung ihrer unmittelbaren Umgebung nach demokratischen Prinzipien selbst entscheiden können?

Als 2019 auf Beschluss des Dresdner Stadtrats erstmals Stadtbezirksbeiräte gewählt und mit eigenen Budgets ausgestattet wurden, waren nicht wenige Entscheidungsträger/innen der Meinung, damit sei der Bedarf nach bürgernahen Beteiligungsmöglichkeiten vollumfänglich gedeckt. Tatsächlich ermöglichen die 10 Stadtbezirke bürgernähere Entscheidungen als der für 560.000 Einwohner/innen zuständige Stadtrat. Und doch stellen die Stadtbezirke in aller Regel immer noch sehr große Einheiten dar. So haben sieben dieser Bezirke mehr als 50.000 Einwohner/innen und sind damit größer als die meisten sächsischen Städte. Aus der langjährigen Arbeit mit Stadtteilinitiativen wissen wir, dass sich die Menschen mit ihren Stadtteilen häufig deutlich mehr identifizieren als mit den Stadtbezirken.

Der Ansatzpunkt unseres Projektes waren deshalb Identifikationsräume auf Ebene der Stadtteile. Hier gab es in Dresden jenseits von temporären Quartiersmanagements, Quartiersbeiräten und Verfügungsfonds in einzelnen Städtebaufördergebieten noch keine vergleichbaren Beteiligungsstrukturen. Was es allerdings in vielen Stadtteilen bereits gab, waren Vereine, in denen sich aktive Bürger/innen und Institutionen ehrenamtlich für die Schaffung von mehr Lebensqualität und Bürgerbeteiligung engagierten. Mit ihrem lokalen Wissen und ihrer guten Vernetzung stellten diese Stadtteilvereine für uns ideale Trägerstrukturen dar, um eine neue, zivilgesellschaftlich organisierte Beteiligungsstruktur unterhalb der Stadtbezirke zu bauen.

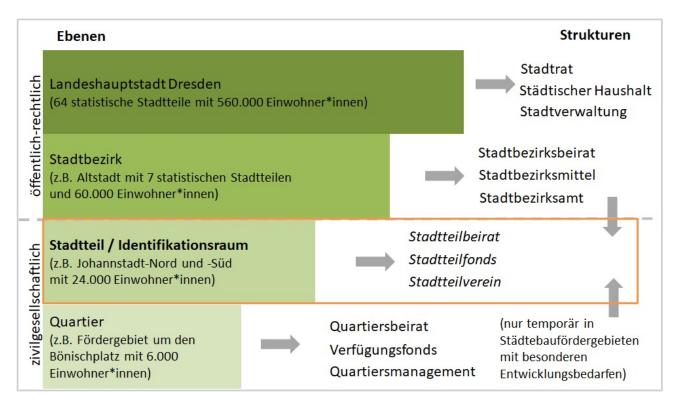


Abbildung 1: Stadtteilfonds und -beiräte im System der Entscheidungs- und Beteiligungsebenen in der Landeshauptstadt Dresden, Quelle: Kunert/Görg 2021, S. 4, angepasst.



Der Ansatz: Stadtteilbeiräten eigene Mittel für nachhaltige Projekte zur Verfügung stellen

Das Funktionsprinzip ist simpel und orientiert sich an den Verfügungsfonds und Quartiersbeiräten, mit denen bundesweit und auch in Dresdener Städtebaufördergebieten positive Erfahrungen gewonnen wurden: Der zuständige Stadtbezirksbeirat stellt dem jeweiligen Trägerverein Mittel für die Förderung von lokalen Projekten zur Verfügung – die sogenannten Stadtteilfonds. Ergänzt werden die öffentlichen Mittel durch private Spenden. Über die Mittelvergabe entscheiden lokale Gremien aus Bewohner/innen und Einrichtungen des jeweiligen Projektgebiets – die sogenannten Stadtteilbeiräte. Die in ihren Stadtteilen gut vernetzten Trägervereine unterstützen durch niedrigschwellige Bekanntmachung, Aktivierung und Beratung die Entwicklung förderfähiger Projekte, die Stadtteilbeiräte entscheiden über die Förderwürdigkeit und sorgen mit ihrem Erfahrungswissen für an die lokalen Bedingungen gut angepasste Projekte. Über die Vergabe der Fondsmittel hinaus beraten die Beiräte zu aktuellen Themen der Stadtteilentwicklung und werden so zu lokalen Interessenvertretungen.

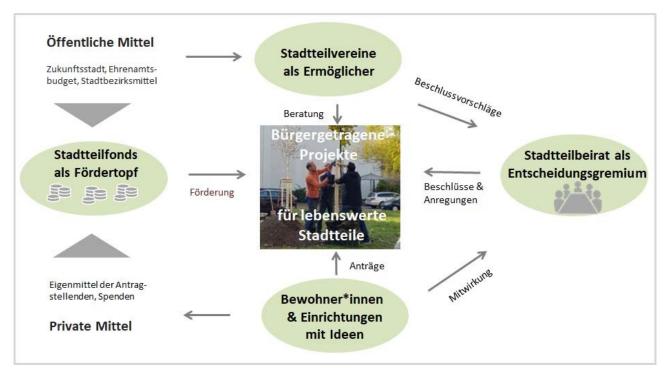


Abbildung 2: Funktionsprinzip der Stadtteilbeiräte und -fonds. Quelle: eigene Darstellung, Mitte: Aus dem Stadtteilfonds geförderte Baumpflanzaktion, Foto: Nadin Lange

Rechtlich und finanziell wird das Konstrukt über drei Wege abgesichert: Erstens wird der Stadtteilbeirat als beratendes Organ des jeweiligen Stadtteilvereins in die Vereinssatzung aufgenommen. Eine Geschäftsordnung regelt seine Zusammensetzung und Arbeitsweise. Zweitens stellt die Landeshauptstadt auf Basis jährlicher Beschlüsse des Stadtbezirksbeirats per Zuwendungsvertrag die Stadtteilfondsmittel bereit. Grundlage für die Beschlussfassung ist neben dem Antrag des Trägervereins in der Regel die Rechenschaftslegung über die Mittelverwendung des Vorjahres. Eine mit der Stadt abgestimmte, eigene Richtlinie regelt die Förderbedingungen, die auch die Einbringung von mindestens 10 % Eigenbeiträgen durch die Antragstellenden oder Dritte vorsieht. Drittens erhalten die Trägervereine eine öffentliche Förderung zur Deckung ihrer



Aufwendungen für die Verwaltung des Fonds, die Beratung der Antragstellenden, die Bildung und Geschäftsführung des Stadtteilbeirats und die Mittelakquise in Höhe einer halben Personalstelle plus Sachkosten.



Abbildung 3: Etappen auf dem Weg von der Idee zum Stadtteilfondsprojekt und Unterstützungsleistungen der Trägervereine. Quelle: Kunert/Görg 2021. S. 24

Durch die Festlegung bestimmter Mandatsplätze in der Geschäftsordnung bilden die Stadtteilbeiräte die spezifische Situation in den Modellstadtteilen ab und sichern zugleich eine Mindestbeteiligung potenziell benachteiligter Gruppen. Zu den Beiratsmitgliedern zählen:

- jeweils 10 Bewohner/innen und Gewerbetreibende, darunter mindestens je ein/e Jugendliche/r, Senior/in, Bewohner/in mit Migrationshintergrund, Ladenbesitzer/in, Freiberufler/in, Bewohner*in mit Behinderung sowie zwei entsendete Vertreter/innen des Stadtbezirksbeirats sowie
- jeweils 10 Vertreter/innen wichtiger Stadtteileinrichtungen, darunter Kultur- und Bildungseinrichtungen, soziale Träger der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit, Wohnungsunternehmen sowie die Leitung des zuständigen Stadtbezirksamtes.

Die zehn institutionellen Vertreter/innen werden vom Vorstand des Trägervereins in den Stadtteilbeirat berufen. Die Bewohner/innen und Gewerbetreibenden dagegen werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt; zwei vom jeweils zuständigen Stadtbezirksbeirat sowie acht in einer öffentlichen Wahl. Wahlberechtigt und wählbar sind dabei alle Menschen mit vollendetem 16. Lebensjahr, die im jeweiligen Projektgebiet leben, arbeiten oder lernen.



Was bislang erreicht wurde: Eine lebendige Zusammenarbeit und vielfältige Projekte

Nach inzwischen vier Jahren der Erprobung können wir feststellen, dass viele mit dem Projekt verbundene Hoffnungen in Erfüllung gingen:

Mehr Engagement

Trotz zeitweise erschwerter Bedingungen durch Corona haben die beiden Stadtteilbeiräte in den ersten 3,5 Jahren bis Dezember 2022 die Förderung von 129 durch Bürger/innen und lokale Einrichtungen getragenen Projektanträgen beschlossen. In die Projekte flossen rund 5.000 Stunden ehrenamtliches Engagement ein. Die Internetseite https://www.johannstadt.de/projekte gibt am Beispiel der Dresdner Johannstadt einen Einblick in die Vielfalt der geförderten Projekte.



Abbildung 4: Beiratssitzung und ausgewählte Förderprojekte,

Fotos von links oben im Uhrzeigersinn: Tobias Kronauer, Nadin Lange, Matthias Kunert, Annelie Treu, Mitte: Philine Schlick

Wie eine Befragung von 45 Beteiligten von Stadtteilfondsprojekten der Jahre 2019 und 2020 ergab, stimmten 42 (= 93 %) der Befragten der Aussage absolut oder überwiegend zu, dass ihr Projekt ohne den Stadtteilfonds nicht oder nicht auf diese Weise umsetzbar gewesen ist (Kunert/Görg 2021, S. 26). So gut wie alle Befragten fanden die Beratung des Stadtteilvereins für die Planung und Umsetzung ihres Projektes hilfreich (ebd., S. 21).

Zum in das Projekt eingeflossenen Engagement zählt neben den bürgerschaftlich umgesetzten Projekten auch, dass in den beiden Fördergebieten bis zu 20 Beiratsmitglieder mindestens viermal jährlich über die Fondsverwendung entschieden und über vielfältige Stadtteilthemen berieten, ohne dafür eine Aufwandsentschädigung zu erhalten.



Mehr Demokratie

An den inzwischen bereits zweimal durchgeführten Wahlen der acht Vertreter/innen der Bewohner- und Gewerbetreibenden der beiden Stadtteilbeiräte beteiligten sich jeweils rund 15 Kandidat/innen, wodurch für beinahe jeden Mandatsplatz mehrere Kandidat/innen zur Wahl standen.

Die Befürchtung, es gebe keine Bürger/innen, die sich in abendlichen Sitzungen ehrenamtlich mit Projektanträgen und Stadtteilthemen auseinandersetzen würden, können wir somit widerlegen. Im Gegenteil: Erfreulicherweise hat sich ein Großteil der Beiratsmitglieder bereits wiederholt zur Wahl gestellt.



Abbildung 5: Dritte Sitzung des Stadtteilbeirats Johannstadt am 13.6.2019. Foto: Torsten Görg

Die Wahlbeteiligung blieb mit rund 160-180 Wähler/innen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der beiden Projektgebiete von rund 25.000 Einwohner/innen bislang gering, muss aber unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen eingeordnet werden: Da die Stadtteilvereine keinen Zugriff auf kommunale Wählerregister haben und folglich auch keine Wahlbenachrichtigungen versenden können, ist die erreichte Beteiligung das Ergebnis der durch die Trägervereine leistbaren und im Rahmen der Sondernutzung des öffentlichen Straßenraums zulässigen öffentlichen Bekanntmachung in den Stadtteilen. Zudem fanden die zweiten Wahlen coronabedingt mit erheblichen Einschränkungen statt.

Als bedeutsam für die Demokratie erwies sich neben den Wahlen vor allem die praktische Zusammenarbeit in den öffentlichen Beiratssitzungen, von der sich inzwischen auch zahlreiche Gäste überzeugen konnten: Durch die lebendigen Diskussionen und Beschlussfassungen auf Grundlage der Geschäftsordnung und die transparente Veröffentlichung aller Protokolle, Beschlüsse und Projekte im Internet ist es zweifelsohne gelungen, demokratische Prozesse auf einer neuen Ebene erleb- und erfahrbar zu machen und so auch parteipolitisch nicht aktive Bürger/innen für die Mitgestaltung des Gemeinwesens zu gewinnen.

Mehr Erfahrungswissen und Netzwerke

Die hohe Qualität der Diskussionen im Beirat ist das Ergebnis der Zusammenführung lokalen Erfahrungswissens. Dieses vielfältige Wissen und die unterschiedlichen Perspektiven – von der Kultureinrichtung bis zur Schulleitung und vom Jugendlichen bis zur Seniorin – ermöglichte die Anpassung von Projektideen an die lokalen Bedarfe und Gegebenheiten. Obwohl Projekte teilweise auch im Umlaufverfahren beschlossen wurden und nicht alle Projektträger/innen ihre Projekte im Beirat vorstellten, gaben 53% der Befragten an, dass die Rückfragen, Ideen und Unterstützungsangebote aus dem Beirat ihre Projekte verbessert hätten (Kunert / Schwarz 2021). Die bestehenden Netzwerke der Trägervereine in den Modellstadtteilen wurden erheblich intensiviert, und die Beiräte entwickelten sich zu Interessenvertretungen, die sich nicht nur für die Beteiligten in den Stadtteilen, sondern auch für kommunale Beteiligungsprozesse als nutzbringend erwiesen. So haben verschiedene Ämter bereits kommunale Planungen und Konzepte, beispielsweise zur Gestaltung von



Straßen und Plätzen, Grünflächen und Gemeinbedarfseinrichtungen, in Stadtteilbeiratssitzungen vorgestellt und die Anregungen und Hinweise der Mitglieder aufgenommen.

Mehr Drittmittel

Die Schaffung lebenswerter und nachhaltiger Stadtteile betrachten wir als eine Gemeinschaftsaufgabe öffentlicher und privater Akteure. Entsprechend war auch die Finanzierung der Stadtteilfonds aus Mitteln der übergeordneten Stadtbezirke in Höhe von reichlich 30.000 EUR pro Projektgebiet und Kalenderjahr als Anschubfinanzierung gedacht, um weitere Mittel Dritter zu mobilisieren. Gemeinnützigen Vereinen im Stadtteil – so hofften wir – würde es leichter als kommunalen Akteuren gelingen, Spenden einzuwerben. Tatsächlich unterstützen inzwischen erste private Unternehmen wie die Wohnungsgenossenschaft Johannstadt (seit 2020 jährlich 12.000 EUR für das Gebiet Johannstadt) oder der Elbepark Dresden (5.000 EUR für das Gebiet Pieschen/Mickten) die Stadtteilfonds großzügig – eine Unterstützung, ohne die es das Projekt vermutlich nicht mehr geben würde. Zudem motivierten die öffentliche Grundfinanzierung und die wohnortnahen, vereinsgetragenen Beteiligungsstrukturen die Antragstellenden, jedes Jahr im Durchschnitt 5.200 EUR je Gebiet an weiteren Eigen- und Drittmitteln in ihre Projekte einzubringen.

Die Perspektive: Optimierung, Verstetigung und Ausweitung auf andere Modellstadtteile

Das ganze Projekt ist ein Experiment. Wir sind angetreten mit Hoffnungen, von denen sich viele erfüllt haben. Aber natürlich läuft noch längst nicht alles ideal, und Verbesserungspotenziale gibt es zuhauf. In den bestehenden Modellgebieten werden dabei aktuell folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Die noch bessere Mischung der Beiratsmitglieder und Projektbeteiligten: Trotz aller Bemühungen um Vielfalt sind die Trägervereine auf Menschen angewiesen, die freiwillig und ehrenamtlich im Stadtteilbeirat mitwirken oder Projektideen einbringen. In der Folge werden sowohl bei der Beiratszusammensetzung als auch mit den Förderaufrufen bestimmte Milieus (etwa Akademiker, zivilgesellschaftlich bereits engagierte Menschen) leichter und andere (etwa migrantische oder wirtschaftlich schwache Bewohnergruppen sowie Jugendliche) schwerer erreicht. Eine noch intensivere Zusammenarbeit mit den sozialen Trägern, eine noch aufsuchendere Präsenz im Stadtteil oder die Bestimmung eines Teils der Bewohnervertreter/innen in den Beiräten nach dem Zufallsprinzip sind Vorschläge, um die heterogenen Gesellschaften der Stadtteile noch besser abbilden zu können. Zudem prüfen wir die Einführung eines obligatorischen Wechsels der institutionellen Beiratsmitglieder nach zwei Wahlperioden.
- Die Steigerung von Bekanntheitsgrad und Wahlbeteiligung: Die Durchführung von Wahlen stärkt neben der Legitimation der Beiräte auch deren Bekanntheit im Stadtteil. Allerdings besteht bei der Wahlbeteiligung noch viel Luft nach oben. Trotz der Verteilung von Flyern an alle Haushalte, der Werbung über Aushänge, Internetseiten und einer aktiven Pressearbeit sind die Stadtteilbeiräte und -fonds immer noch (zu) vielen Menschen nicht bekannt. Zur Steigerung des Bekanntheitsgrads sollen unter anderem die Entwicklung eines eigenen Beiratslogos, die Bekanntmachung von Förderprojekten oder Sitzungsinhalten über eigene Schaukästen im Stadtteil, eine Kopplung der Beiratswahlen an andere Veranstaltungen und die stärkere Einbindung von Partnern und Kandidat/innen in die Wahlwerbung beitragen.
- Die Priorisierung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Die vergleichsweise niedrigschwellige und unbürokratische Förderung motiviert nicht nur Privatpersonen zur Antragstellung, sondern wirkt auch attraktiv auf Institutionen, die mit den Stadtteilfonds vergleichsweise einfach Finanzierungslücken schließen und ihr Angebotsspektrum ausbauen können. Dies ist an sich völlig legitim, kann aber dazu führen, dass bereits frühzeitig im Kalenderjahr ein großer Teil der Mittel durch institutionelle Antragsteller



gebunden ist. Um das private bürgerschaftliche Engagement stärker fördern zu können, können unter Umständen die Reservierung eines entsprechenden Fondsanteils für private Antragstellende oder die Festsetzung einer Mindestbeteiligung an ehrenamtlichem Engagement sinnvoll sein.

- Die weitere Senkung bürokratischer Hürden bei der Antragstellung: Trotz einer stark vereinfachten Förderrichtlinie für die Stadtteilfonds sind die bürokratischen Hürden für die Beantragung und Abrechnung eines Förderprojektes noch nicht ganz vernachlässigbar. Gerade bei kleinen Projekten von wenigen hundert Euro Förderung ist der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen noch immer verhältnismäßig hoch. Gemeinsam mit der Landeshauptstadt möchten wir die Hürden weiter senken, etwa durch die Einführung eines digitalen Antragsverfahrens.
- Die Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung der Leistungen der Trägervereine: Die Verwaltung eines Stadtteilfonds, die Aktivierung und Beratung der Antragstellenden, die Bildung und Leitung eines Stadtteilbeirats sowie die Einwerbung privater Mittel sind ohne qualifiziertes Personal nicht umsetzbar. Zwar ist es den Trägervereinen der beiden Dresdner Modellprojekte auch nach Auslaufen der Zukunftsstadtförderung bisher stets gelungen, die benötigten Mittel einzuwerben. Allerdings galt es hierfür, jedes Jahr aufs Neue eine Projektförderung zu beantragen und oft monatelange Unsicherheiten zu Jahresbeginn zu überbrücken ein Modell, das mit hohen Risiken verbunden ist und keine langfristigen Anstellungsverhältnisse ermöglicht. Um Stadtteilbeiräte und -fonds dauerhaft als neue Beteiligungsebene in der sächsischen Landeshauptstadt zu verankern, bedarf es einer institutionellen Förderung. Angesichts der Mehrwerte der Vernetzung und des Erfahrungswissens der Stadtteilvereine werben wir bei Politik und Verwaltung dafür, diese bestehenden Strukturen noch stärker für eine partizipativere, demokratischere und nachhaltigere Stadtentwicklung zu nutzen und ihre Entwicklung aktiv zu fördern.

Die Erprobung der Stadtteilbeiräte und -fonds im Rahmen des Zukunftsstadtprojektes wurde wissenschaftlich durch das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) begleitet. Neben der Ableitung von Erkenntnissen zum sozialen Lernen in städtebaulichen Experimenten (Baatz / Ehnert 2023) empfahl die wissenschaftliche Begleitung auch eine Verstetigung und Ausweitung des Projektes (Baatz / Ehnert 2022). Ein Dresden-weiter Erfahrungsaustausch mündete in die Bildung eines Netzwerks aus rund 15 Stadtteilinitiativen, die sich für die Ermöglichung von Stadtteilbeiräten und -fonds in allen Dresdner Stadtbezirken einsetzen. Die Suche nach einer tragfähigen rechtlichen und finanziellen Absicherung einer solchen Projektausweitung ist längst nicht abgeschlossen, erhielt aber im Dezember 2022 einen wichtigen Impuls: Im Rahmen des Haushaltsbegleitbeschlusses stellte der Stadtrat für die Jahre 2023 und 2024 den Stadtbezirksbeiräten zusätzliche 500.000 EUR jährlich bereit, um diesen ausdrücklich auch die Möglichkeit zu eröffnen, bestehende oder neue Stadtteilfonds zu unterstützen.

Um die Verstetigung und Ausweitung zu fördern, hat das Amt für Stadtstrategie, Internationales und Bürgerschaft der Landeshauptstadt Dresden zudem ein Modellprojekt beim Freistaat Sachsen beantragt. Im Rahmen dieses Projektes sollen der begonnene Austausch fortgeführt und fünf weitere Stadtteilinitiativen beim Aufbau von Stadtteilbeiräten und -fonds begleitet werden. Durch die Entwicklung stadtweiter Leitlinien sollen zudem Voraussetzungen für die Entwicklung von Stadtteilbeiräten und -fonds in allen Dresdner Stadtbezirken geschaffen werden. Wir sind zuversichtlich. Der Weg ist nicht einfach, aber er lohnt sich.

»Für die ganze Stadt oder für ganz Sachsen irgendwie irgendwas bewegen zu wollen, das überfordert viele Menschen. Aber hier so konkret im Stadtteil, da kann man anknüpfen und da bewegt sich was durch die sichtbaren Projekte.«



»Der Gewinn ist, dass Menschen an bürgerschaftliches Engagement herangeführt werden oder ihre Möglichkeiten, sich in einer Demokratie aktiv einzubringen, erkennen, die das sonst so nicht gemacht hätten.«

Interview-Zitate der wissenschaftlichen Begleitforschung mit Projektbeteiligten, zitiert in Kunert / Görg 2021, S. 5, 14

Literatur

- Baatz, Anna; Ehnert, Franziska (2023): Reframing places, communities and identities: social learning in urban experimentation, Sustainability: Science, Practice and Policy, 19:1, DOI: https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/15487733.2023.2207369
- Baatz, Anna; Ehnert, Franziska (2022): Präsentation der Forschungsergebnisse zum Transformationsexperiment »Stadtteilfonds und -beiräte für nachhaltige und aktive Nachbarschaften«. Austauschworshop 12.7.2022, Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung
- Baatz, Anna; Ehnert, Franziska (2021): Erkenntnisse aus der qualitativen Befragung von Akteuren in den Transformationsexperimenten Stadtteilfonds und -beiräte in der Johannstadt und Pieschen-Süd/Mickten. Unveröffentlichtes Arbeitspapier
- Körber-Stiftung (2023): repräsentative Umfrage von policy matters im Auftrag der Körber-Stiftung:
 https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/31618/der_vertraunsverlust_in_die_demokratie.pdf, konsultiert am 17.8.2023
- Kunert, Matthias; Görg, Torsten (2021): Durch Stadtteilbeiräte und Stadtteilfonds nachhaltige und interaktive Nachbarschaften fördern. Ein Leitfaden für Städte und Vereine.
 https://www.johannstadt.de/wp-content/uploads/2022/02/20211119-Leitfaden-Stadtteilbeiraete-und-fonds.pdf
- Kunert, Matthias; Schwarz, Lena (2021): Auswertung der Feedbackerhebung der Stadtteilfondsprojekte
 2019 und 2020. Unveröffentlichtes Arbeitspapier
- Liljeberg, Holger; Krambeer, Sindy, INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung (2022): Deutschlan-Monitor: Einstellungen zu Demokratie und Politik in Deutschland. In: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland. Ostdeutschland ein neuer Blick. Bericht 2022.
 https://www.ostbeauftragter.de/resource/blob/2038516/2137170/0f1b286c3e0757e7fa64d83d98ac560f/download-bericht-zur-deutschen-einheit-2022-data.pdf



Autor

Matthias Kunert ist Diplom-Geograph und Inhaber des Büros »KONAWA – Konzepte und Strategien für nachhaltigen Wandel«. Er verantwortete die Konzeption und Anschubunterstützung des Projektes Stadtteilbeiräte und -fonds in Dresden. Eine wichtige Grundlage waren dabei die Erfahrungen aus der Arbeit mit Quartiersbeirat und Verfügungsfonds im Städtebaufördergebiet »Nördliche Johannstadt« (Soziale Stadt / Sozialer Zusammenhalt), wo KONAWA seit 2015 im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden das Quartiersmanagement übernimmt.

Kontakt

KONAWA – Konzepte und Strategien für nachhaltigen Wandel Matthias Kunert
Talstraße 3 | 01099 Dresden
E-Mail: info@konawa.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung c/o Stiftung Mitarbeit Redaktion eNewsletter Am Kurpark 6 | 53177 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de